

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister Org., Pers., Finanz u. Ordnungs-Dez.		Drucksache 11098/10	TOP	
			Datum 24.08.2010	
Mitteilung		Beteiligte FB /Referate /Abteilungen		
<i>Beratungsfolge</i>		<i>Sitzung</i>		
		<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>
Finanz- und Personalausschuss		24.08.2010	X	
Verwaltungsausschuss		24.08.2010		X

Überschrift, Sachverhalt

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH – Änderung der Gesellschafterstruktur

Im Zuge der Erörterungen und Verhandlungen über die Ausgestaltung des Förderbescheides zur Förderung des Ausbaus des Forschungsflughafens hat das Bundeswirtschaftsministerium die für die Landesregierung und die Stadtverwaltung überraschende Rechtsauffassung vertreten, Volkswagen dürfe aus förderrechtlichen Gründen zum Zeitpunkt der Förderung nicht weiter an der Gesellschaft beteiligt sein. Ein geförderter Betrieb (und sei es nur mittelbar als Gesellschafter eines Unternehmens) dürfe nicht zugleich einer der Nutzer der geförderten Infrastrukturinvestition sein.

Diese Rechtsauffassung hat insbesondere die Stadtverwaltung nicht überzeugt, und auch deshalb ergaben sich über einige Monate hinziehende Gespräche und rechtliche Überprüfungen. Um irgendwelche rechtlichen Auseinandersetzungen zu vermeiden und die Sache abzuschließen, hat man sich dann zwischen Bund, Land und Forschungsflughafen/SFB auf das nun vorgesehene Vorgehen verständigt.

Dieses stellt im Prinzip auch deswegen kein Problem dar, da nach der Unternehmenspolitik von Volkswagen ohnehin mindestens mittelfristig ein Ausscheiden des Konzerns aus der Gesellschaft zu erwarten gewesen wäre.

Die Verwaltung hat bisher über diesen Umstand nicht vor dieser Sitzung informiert, da die Verwaltung prinzipiell nicht über zwischenzeitlich auftauchende Probleme oder strittige Erörterungen mit Förderbehörden informiert, wenn erkennbar ist, dass das Problem gelöst und das Ergebnis zielführend gestaltet werden kann. Nachdem nun ein Ergebnis, und zwar ein rechtsverbindliches, feststeht, können auch die Ratsgremien jetzt solide informiert werden. Zu keiner Zeit bestand die Gefahr Nichtförderung des Projekts, da insbesondere die Nds. Landesregierung der Flughafengesellschaft und ihren Gesellschaftern eine Förderung - auf welchem förderrechtlichen Wege auch immer - stets in Aussicht gestellt hatte.

I. V

gez. Lehmann